

II-5471 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2776 1J

1992 -04- 03

ANFRAGE

der Abgeordneten Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend der geänderten Situation bei der Lohnpfändung

Die ZiB 1 vom 22. März 1992 brachte Informationen betreffend der geänderten Situation bei der Lohnpfändung durch die seit 1. März 1992 in Kraft getretenen Neuerungen. Neben der Anhebung des Grundbetrages des Existenzminimums auf S 6.500,-- monatlich trat zu diesem Zeitpunkt auch die Regelung betreffend Pfändbarkeit von Leistungen mit Einkommensersatzfunktion in Kraft, also unter anderem dem Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe.

Die Information der ZiB 1 besagte, daß im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung 160 zusätzliche Bedienstete mit der Abwicklung von Lohnpfändungsanträgen beschäftigt sind und, daß die bisherige Praxis zeigt, daß einem Kostenaufwand pro Fall in der Höhe von etwa S 500,-- ein pfändbares Einkommen von ca. S 100,-- gegenübersteht.

1. Ist die Meldung über speziell für diesen Zweck abgestellte zusätzliche Arbeitskräfte richtig?
2. Wenn ja, wie hoch sind die Kosten für diesen Personalaufwand?
3. Wenn nein, durch welche Personen wird dieser zusätzliche Arbeitsaufwand bewältigt?
4. Wie hoch werden die dafür aufgewendeten Kosten geschätzt?
5. Wieviele Fälle wurden bis Ende März 1992 beantragt?
6. Wieviele Fälle wurden bisher erledigt?
7. Wieviele Fälle wurden positiv und wieviele negativ erledigt?
8. In welcher Höhe lagen die Beträge der positiv erledigten Fälle?

9. **Wie hoch werden die voraussichtlichen Kosten für die Abwicklung dieser Fälle für das Jahr 1992 geschätzt, sowohl in sachlicher als auch in personeller Hinsicht?**
10. **Wenn man für das Jahr 1991 eine Steigerung von 5 % gegenüber den Werten 1990 annimmt, so lag die mittlere monatliche Notstandshilfe sowohl bei Männern als auch bei Frauen unter der neu eingeführten Pfändungsgrenze. Beim mittleren monatlichen Arbeitslosengeld liegt nur der Wert für Männer über jener Grenze. Warum wurden von Ihrer Seite diese Werte nicht in der Öffentlichkeit dahingehend verwertet, daß eine kostenaufwendige und wenig zielführende Mehrarbeit verhindert wurde?**
11. **Gedenken Sie nach einer gewissen Anlaufzeit mit entsprechenden Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen, um eine Änderung im Sinne einer kostengünstigen Verwaltung zu erwirken?**
12. **Wie ist ihre persönliche Einschätzung der Situation?**